

# Rassistische Vorurteile - Adventisten in Nordeuropa entschuldigen sich

Die ursprünglich von einer vorwiegend auf den skandinavischen Ländern und britischen Inseln basierenden kirchlichen Organisationseinheit hat sich die Transeuropäische Division (TED) zu einer Einheit entwickelt, die inzwischen 22 Länder in Mittel- und Südosteuropa umfasst und zu der für einige Jahrzehnte auch spezifische Missionen in Westafrika, Pakistan und im Nahen Osten gehört haben. Damit sei die TED zu einer „hochgradig multikulturellen und vielfältigen Einheit gewachsen“, sagte Raafat Kamal, TED-Kirchenleiter. Diese große Vielfalt habe aber nicht zu einer großen Einheit oder viel Verständnis beigetragen.

In ihrer 90-jährigen Geschichte sei die Kirchenregion durch zwei Weltkriege gegangen, habe regionale Konflikte erlebt sowie Verfolgung in der kommunistischen Ära überstanden, was im Rückblick gebührend vermerkt worden sei. Es gebe aber auch andere Bereiche, „für die wir aufrichtiges Bedauern ausdrücken. Wir anerkennen, dass unbewusste Voreingenommenheit, Unwissenheit, Vorurteile, Ängste, Ressentiments und Verdächtigungen die Kirche beeinflusst haben, insbesondere innerhalb der überregionalen Kirchenleitung in Großbritannien“ (Britisch Union Conference / BUC). Obwohl die Geschichte nicht neu geschrieben werden könne, „anerkennen wir als Leiter der Transeuropäischen Division, dass Handlungen unternommen wurden, die nicht im Einklang mit dem Ideal Gottes standen. Wir entschuldigen uns für die Versäumnisse der Kirche in dieser Hinsicht“.

Kamal zitierte die Kirchenmitbegründerin, Ellen G. White, die 1900 zur Rassenfrage in den USA geschrieben hatte: „Wenn die Liebe Christi im Herzen gehegt wird, wie es sein sollte ... wird

es keine Kaste, keinen Nationalstolz geben; die Hautfarbe wird keinen Unterschied machen.“

Obwohl die Entschuldigung von Herzen komme, „erkennen wir, dass eine Entschuldigung nicht ausreicht. Wir müssen energisch und bewusst daran arbeiten, alle Spuren von Vorurteilen und Intoleranz, die weiterhin bestehen, auszuräumen“, so Raafat Kamal. Gemeinsam mit der TED-Kirchenleitung sowie den Kirchenleitungen in den einzelnen Ländern würden in den nächsten fünf Jahren die Richtlinien überprüft, um Führungs- und Entscheidungsprozesse zu verbessern.

Mehr zur Transeuropäischen Division der Siebenten-Tags-Adventisten:

<https://ted.adventist.org/>

---

## **Adventisten: Brand verwüstet Nebengebäude des Josia-Zentrums in Isny**

Wenige Minuten nach 21 Uhr bemerkten Nachbarn am 1. Weihnachtstag das Feuer im Carport des Josia-Zentrums. Beim Eintreffen der Feuerwehr standen laut Einsatzbericht Werkstatt, Garage und Holznebenbau bereits im Vollbrand. Mehrere Trupps unter Atemschutz, im Innen- und Außenangriff hätten den Brand gelöscht und die umliegenden Gebäude geschützt. Das Feuer hätte jedoch bereits auf ein angrenzendes Gebäude übergegriffen, sodass der Dachstuhl mittels Drehleiter abgeräumt und abgelöscht werden musste.

Die Eigentümer der vom Josia-Zentrum angemieteten Immobilie, sind sehr dankbar für die gute Arbeit der Einsatzkräfte. Wegen

der gut ausgearbeiteten und vorliegenden Brandschutzpläne hätte die Feuerwehr schnell und gut ihre Gerätschaften an den notwendigen Punkten ansetzen können. Allerdings zog sich der Einsatz bis in die frühen Morgenstunden hin. „Wir gehen nicht von Brandstiftung aus“, so die Eigentümer. „Es ist zwar schlimm, dass es passiert ist, aber es ist auch sehr gut, dass nichts Größeres passiert ist.“

Vierzehn Bewohner leben derzeit im Gebäude. Alle mussten vorübergehend das Gebäude verlassen und wurden von den Rettungskräften betreut. Im Feuerwehrhaus fand gerade eine Feier statt. So waren 40 Einsatzkräfte sehr schnell zur Stelle. „Wir waren komplett draußen“, so Isny's Feuerwehrkommandant Martin Güttinger gegenüber der Schwäbischen Zeitung. Eine Feier der ehemaligen Studenten (Homecoming) kann sogar derzeit im Dachgeschoss des Hauptgebäudes stattfinden.

Der auch in dem Gebäudekomplex untergebrachte Kirchenraum der Adventisten ist zwar unversehrt kann aber momentan nicht genutzt werden. Der Nebenraum ist stark beschädigt.

Das Josia-Zentrum besteht aus vier Organisationen: einer Gemeinschafts-Schule, einer Schule zur christlich missionarischen Ausbildung, einem christlichen Gemeinde-Zentrum und einem Förderverein. Die Gemeinschaftsschule ist eine christliche Privatschule in Trägerschaft der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Baden-Württemberg, wie auch die anderen Einrichtungen. Seit 13 Jahren gibt es das Josia-Zentrum.

---

# **USA: Kirchengemeinde verschenkt 150 Fahrräder zu Weihnachten**

Pastor Jody Dickhaut, seit einem Jahr Pastor der adventistischen Kirchengemeinde in der 14.000-Einwohner-Stadt Moberly, hörte von der Initiative, Fahrräder zu verschenken. Sofort nahm er Kontakt mit den örtlichen Mitarbeitern von Adventist Community Services (ACS) auf, um die Aktion zu organisieren. ACS entspricht dem deutschen Advent-Wohlfahrtswerk, das sich um die Belange von Bedürftigen vor Ort kümmert. In Rundfunk, Fernsehen und auf Handzetteln wurde bekannt gemacht, dass am Sonntag, 22. Dezember Fahrräder verschenkt würden. „Wir wollten an diesem Weihnachtsfest einfach etwas Besonderes machen. Wir wollten einfach Freude schenken und weitergeben, was wir erhalten hatten, ohne irgendwelche Hintergedanken“, so Dickhaut über die Motive.

So gab es von der Kirchenleitung der Adventisten in Nordamerika einen Zuschuss für 70 Fahrräder. Der Kirchenrat jedoch entschied, sich auch zu beteiligen und durch einige finanzkräftige Sponsoren wurde die Anzahl der Fahrräder mehr als verdoppelt. Die Fahrräder wurden dann beim örtlichen Walmart-Einzelhändler in den unterschiedlichen Größen erworben.

Pro Familie gab es ein Fahrrad. Viele Kinder suchten sich ihre entsprechenden Größen aus. Ein Mann rief an und erkundigte sich, ob ihn jemand zu der Verschenkaktion abholen könne. Es stellte sich heraus, dass er zurzeit kein Fahrzeug hatte und keiner bezahlten Beschäftigung nachging. Voller Freude nahm er das Fahrrad als willkommenes Mittel der Fortbewegung in Empfang.

Zum Ende der Aktion wurde es schwieriger, die passenden

Fahrräder abzugeben. Aber auch hier zeigte sich Walmart bereit, sie gegen die passenden Räder umzutauschen.

Vandeon Griffin, assoziierter Jugendabteilungsleiter der NAD berichtet, dass diese Art von Aktionen schon eine ganze Weile durchgeführt werden. In Moberly sei es das erste Mal. An vielen anderen Orten im Land würden ebenfalls Geschenke gemacht, um Freude zu schenken.

Alle Familien, die am vergangenen Sonntag kamen, hätten jeweils ein Fahrrad erhalten. Gegen 18 Uhr wären alle 150 Fahrräder verteilt gewesen, so Pastor Dickhaut.

---

## **Gesegnete Weihnachten**

Viele Geschenke werden in diesen Tagen überreicht. Wir erinnern uns in dieser Zeit an **das größte Geschenk in dieser Welt, Jesus Christus.**

Wir hoffen auf Frieden in diesen Tagen und in dieser Welt. Das ist nicht selbstverständlich und braucht unseren bewussten Einsatz in allen Momenten.

Wir vom APD-Team möchten auch im neuen Jahr getreu unserem Motto **„informieren und verstehen helfen“** und wünschen von Herzen

**Ein frohes Neues Jahr 2020!**

---

# Rund 2,4 Milliarden Christen feiern weltweit Weihnachten

Das Weihnachtsfest am Heilig Abend (24. Dezember) ist die nach altem kirchlichem Brauch übliche „Vor-Feier“ (Vigil) eines Hochfestes. Der Tag nach Weihnachten – 26. Dezember – wird bei den Katholiken als Hochfest des Hl. Stephanus begangen. Auch die evangelisch-lutherische Liturgieordnung sieht die Feier des Stephanitags am 26. Dezember vor. In der griechisch-orthodoxen Kirche wird der Stephanitag am 27. Dezember gefeiert.

Für erste Christen war die Feier des Geburtsfestes Christi unbedeutend. Als Ort für die Geburt Jesu nennt das Lukasevangelium Bethlehem bzw. dessen Umgebung. Der historisch exakte Tag der Geburt Jesu ist jedoch unbekannt, da für die ersten Christengenerationen die historisch genaue Definition dieses Tages unbedeutend war. Als historisch gesichert gilt eine Feier des Geburtsfestes Jesu am 25. Dezember des Jahres 336 in der römischen Stadtliturgie. Von Rom aus verbreitete sich das Weihnachtsfest in der zweiten Hälfte des 4. Jahrhunderts rasch nach Nordafrika, Oberitalien, Spanien und in den Orient. Es entwickelte sich neben Ostern zum beliebtesten christlichen Fest.

## **Historiker uneinig, warum der 25. Dezember als Geburtsdatum gewählt wurde**

Die Frage, warum ausgerechnet der 25. Dezember als Weihnachtsdatum gewählt wurde, löst laut Kathpress unter Fachleuten Diskussionen aus. Einige Historiker gehen davon aus, die Kirche habe den Termin bewusst gewählt, um das von den römischen Kaisern 274 eingeführte heidnische „Geburtsfest des unbesiegbaren Sonnengottes“ („Sol Invictus“) neu zu deuten. Dabei wurde zunächst gleichzeitig das Fest der Anbetung der Weisen begangen, das später auf den 6. Januar

verlegt wurde.

Eine zweite Theorie meint, dass christliche Theologen schon im 3. Jahrhundert den im Evangelium nicht genannten Geburtstag Christi am 25. Dezember berechneten, weil man nach der Tradition vom 25. März als Tag seiner Empfängnis ausging.

Die deutsche Bezeichnung „Weihnachten“ ist erst seit dem 12. Jahrhundert belegt; die Zusammensetzung enthält das untergegangene mittelhochdeutsche Adjektiv „wîch“ mit der Bedeutung „heilig“ und geht zurück auf die Zeitbestimmung „zewîhen nahten“, was „in den heiligen Nächten“ bedeutet, so Kathpress.

---

## **Pfadfinder bringen Friedenslicht nach Darmstadt**

„Darmstadt ist Friedensstadt. Und wir wollen mit dem Friedenslicht daran erinnern, dass Frieden ein aktiver Prozess ist, für den jeder etwas tun kann“, so Haiko Müller, Leiter der Marienhöher Pfadfinder. „Jeder kann mitmachen und das Friedenslicht weitergeben an Nachbarn, Freunde und genauso an Fremde als Symbol für gutes Miteinander und herzliche Wärme in unserer Stadt oder als Versöhnung nach einem Streit.“

Die Kerze wurde in Bethlehem, der Geburtsstadt Jesu Christi, entzündet und am dritten Advent von Pfadfindern mit Zügen von Wien aus in ganz Europa verteilt. Das Friedenslicht ist eine gemeinsame Aktion des Österreichischen Rundfunk (ORF) und verschiedener Pfadfinderverbände. Die Marienhöher Pfadfinder verteilen das Friedenslicht während der Weihnachtsgottesdienste am 24. Dezember in Darmstadt, sowohl um 16 Uhr im Gemeindezentrum der Adventgemeinde Darmstadt-

Marienhöhe als auch um 16 Uhr im Ernst-Ludwig-Saal in Eberstadt bei der Feier „Coming HOME for Christmas“.

### **3.000 Kilometer im Flugzeug**

Das Friedenslicht wurde am 26. November in der Geburtsgrötte Jesu in Bethlehem von einem elfjähriqen Mädchen aus Österreich entzündet und in einem Spezialbehälter mit dem Flugzeug nach Österreich gebracht. Von dort aus wurde es am dritten Advent (15. Dezember), per Zug von Pfadfindern in ganz Europa verteilt. Die Marienhöher Pfadfinder fuhren am Sonntag nach Frankfurt am Main, um das Friedenslicht nach Darmstadt zu bringen.

„Wir wollen mit dem Friedenslicht ein Zeichen für Frieden setzen, für ein menschliches Miteinander über Grenzen hinweg – egal ob es Landesgrenzen oder Grenzen zwischen Menschen sind“, sagte Haiko Müller. Auf seinem Weg legt das Friedenslicht bis zu uns über viele Grenzen hinweg schon mehr als 3.000 Kilometer zurück. „Das Friedenslicht wird in allen europäischen Ländern und mittlerweile sogar in Nord- und Südamerika persönlich weitergegeben. Alleine das verbindet uns mit so vielen verschiedenen Menschen und schafft eine Gemeinsamkeit“, erläuterte Müller.

### **Pfadfinder CPA-Marienhöhe**

Zu den CPA-Marienhöhe gehören rund 200 Pfadfinderinnen und Pfadfinder. Es gibt zehn Gruppen für Kinder und Jugendliche von 6–20 Jahren. Gruppenstunden finden 14-tägig sonntags statt. Außerdem gibt es Zeltlager, Lagerfeuer, Wandertouren, Geländespiele und anderes mehr. Weitere Informationen unter Telefon (06151) 7859951 oder auf [www.cpa-marienhoehe.de](http://www.cpa-marienhoehe.de). CPA ist der Pfadfinderverband der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten.

Weitere Informationen zur Aktion Friedenslicht:  
<http://www.friedenslicht.de>





Gemeinden finanzieren sich über Spenden und verzichten damit auf die Möglichkeit, Kirchensteuern zu erheben.

Die Verlautbarung „Verantwortlich reden und handeln“ im Wortlaut: <http://bit.ly/FeG-Verlautbarung>

---

## **Über 35.000 Pakete für bedürftige Kinder**

Zum 20. Jubiläum der Aktion konnte der Vorjahreswert noch einmal gesteigert werden, so eine Pressemeldung von ADRA. 2018 seien noch 34.901 Päckchen gesammelt und verschickt worden. 2019 sei die Anzahl sogar auf 35.513 Pakete gestiegen. Insgesamt seien Dank der großartigen Unterstützung mit hunderttausenden Päckchen in den zwei Jahrzehnten über 600.000 Kinder glücklich gemacht worden.

„Wir danken allen Spenderinnen und Spendern sowie den unzähligen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die diesen Erfolg erst möglich gemacht haben“, so Anja Emrich, Koordinatorin der Sammlung. Jedes Paket stehe für ein Lächeln auf dem Gesicht eines Kindes

Laut ADRA startete die diesjährige Spendenaktion am Weltkindertag (22.September) und endete am 24. November. Kinder in Deutschland sammeln und spenden für gleichaltrige Kinder, zeigen Mitgefühl und lernen viel über das Leben in anderen Teilen unseres Kontinentes. Was für Kinder hier oft nur Kleinigkeiten sind, bedeute für die beschenkten Kinder etwas ganz Besonderes. Deshalb diene die Aktion nicht nur als mildtätige Spende, sondern der Völkerverständigung der nächsten Generation. „Ganz besonders glücklich und dankbar sind wir angesichts der 2.815 Kinderpakete und über 500 Kisten

mit Sachspenden wie Bettwäsche und Kleidung, die wir unter anderem an die Erdbebenopfer in Albanien schicken können“, sagt Emrich weiter. Ende November hatte ein Erdbeben der Stufe 6,4 den Balkan erschüttert.

Als die „*Aktion Kinder helfen Kindern!*“ vor 20 Jahren als „Weihnachts-Spendenaktion“ startete, wusste niemand, wohin sich das Projekt entwickeln würde. Dank der unermüdlichen Mithilfe der Ehrenamtlichen und Mitarbeiter von *ADRA Deutschland e.V.* konnten in ganz Deutschland Pakete für Mädchen und Jungen in Osteuropa gesammelt werden.

Mehr zur „*Aktion Kinder helfen Kindern!*“  
<https://kinder-helfen-kindern.org/>

---

## **ADRA Vorstand neuer Vorsitzender des Aufsichtsansorgans von „Aktion Deutschland hilft“**

Seit 2001 arbeiten deutsche Hilfsorganisationen im Katastrophenbündnis „Aktion Deutschland hilft“ zusammen, um im Fall einer humanitären Krise Kräfte zu bündeln und schnelle und zielgerichtete Hilfe zu leisten. ADRA Deutschland ist Gründungsmitglied. Der Vorstand und das besondere Aufsichtsorgan übernehmen wichtige Beratungs-, Beschluss- und Kontrollfunktionen.

Gemeinsam schneller helfen – unter diesem Motto werden im Katastrophenfall Hilfsmaßnahmen innerhalb der Mitgliedsorganisationen von „Aktion Deutschland hilft“

koordiniert und effizient eingesetzt. Dadurch werden sowohl Überschneidungen von Maßnahmen als auch Versorgungslücken vermieden. Laut den Vereinten Nationen steigt die Zahl der humanitären Krisen und Konflikte weiter an. „Für 2020 rechnen wir mit fast 168 Millionen Menschen, die humanitäre Hilfe und Schutz brauchen werden. Das entspricht einem von 45 Menschen auf diesem Planeten. Das ist der höchste Stand seit Jahrzehnten“, so UN-Nothilfekoordinator Mark Lowcock.

### **Hilfsorganisationen stehen vor immer neuen Herausforderungen**

„Um diese bewältigen zu können, befindet sich das gesamte humanitäre System in einem massiven Wandel“, sagt Edith Wallmeier, die neu gewählte Vorstandsvorsitzende von „Aktion Deutschland hilft“. „Und es geht hierbei nicht nur um eine Sanierung des Systems: Der Aufgabenbereich für Nichtregierungsorganisationen muss erweitert werden und sie müssen sich zum Teil neu aufstellen. Gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen in unserem Vorstand und dem besonderen Aufsichtsorgan fühlen wir uns dieser großen Aufgabe auch weiterhin gewachsen und werden als Bündnis deutscher Hilfsorganisationen die Zukunft der humanitären Hilfe mitgestalten“, fügt Wallmeier zu.

Aktion Deutschland hilft ist das 2001 gegründete Bündnis von 23 renommierten deutschen Hilfsorganisationen. Gemeinsam helfen sie Menschen, die durch große Katastrophen alles verloren haben. ADRA (Adventist Development and Relief Agency) ist eine internationale Nichtregierungs-Organisation. ADRA Deutschland wurde 1987 von der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland gegründet und gehört zu einem weltweiten Netzwerk mit über 130 nationalen ADRA-Büros.

---

# **USA: Religionsfreiheit stärken mit Gesetzesinitiative „Fairness for All“**

Die Idee der Religionsfreiheit sei von den meisten in der US-Gesellschaft als ein rechtlich schützenswertes Anliegen betrachtet worden, schreibt der Nachrichtendienst Adventist News Network (ANN). Heute sei dieses Ideal, das „lange als grundlegendes Menschenrecht und zentraler Wert der Amerikanischen Republik verehrt wurde“, umstritten und mit Kontroversen behaftet. In den letzten zwei Jahrzehnten sei es von einer der Ideen, denen die meisten zugestimmt hätten zu einer der polarisierendsten im öffentlichen Diskurs Amerikas geworden. Rechtliche Schutzmaßnahmen zu Gunsten der Religionsfreiheit würden heute von „einem Schwert zur Diskriminierung anderer“ bis „veraltet und unnötig“ in der heutigen pluralistischen Gesellschaft bezeichnet.

Für Angehörige religiöser Minderheiten sei dieser seismische Wandel in der öffentlichen Haltung gegenüber den Anliegen der Religionsfreiheit unverkennbar und beunruhigend zugleich, so ANN. Die „Frontlinie dieses Kulturkrieges“ verlaufe im Spannungsfeld zwischen dem Schutz der Religionsfreiheit und den Bürgerrechten der LGBTQ-Community. So würden Gläubige, die eine biblisch begründete, traditionelle Sichtweise von Ehe und Beziehungen aufrechterhalten würden, zunehmend als intolerant oder scheinheilig eingestuft.

Wenn sich das Gefüge der Gesellschaft verändere, habe dies Auswirkungen auf politische und rechtliche Bereiche und könne das Führen von religiösen Institutionen wie Kirchen, deren Schulen oder medizinischen Institutionen betreffen sowie deren Zweck und Anliegen beeinträchtigen, so ANN weiter.

## **„Equality Act“ – ein einseitiger Ansatz**

Am 17. Mai 2019 wurde von einer großen Mehrheit des US-Repräsentantenhauses das Gleichstellungsgesetz mit der Bezeichnung „Equality Act“ verabschiedet. Es will die Diskriminierung von Personen beenden, die sich als Lesben, Schwule, Bisexuelle oder Transgender (LGBT) definieren. Nach dem Bericht des Nachrichtendienstes gingen Vertreter der Religionsfreiheit davon aus, dass die zweite Kammer, der Senat, in der laufenden Legislaturperiode das Gleichstellungsgesetz nicht abschließend behandeln werde. Für sie sei der Entscheid im Repräsentantenhaus dennoch ein Weckruf gewesen. Zum ersten Mal sei damit im Parlament eine Bundesgesetzgebung verabschiedet worden, die den Schutz von LGBT-Personen erheblich ausweitet, ohne gleichzeitig auch entsprechende Schutzmaßnahmen für religiöse Organisationen und Glaubensgemeinschaften vorzusehen.

Der Ansatz des Gleichstellungsgesetzes sei nicht falsch, Belästigung und Diskriminierung gegenüber denen zu verhindern, die in vielen Bereichen des zivilen Lebens Feindseligkeiten ausgesetzt seien. Aber das Gleichstellungsgesetz sei in Bezug auf das problematisch, was es unterlasse, nämlich das Grundrecht der Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie der freien Religionsausübung anzuerkennen und zu schützen.

Mögliche Folgen sehen Vertreter der Religionsfreiheit nach einer Annahme des „Equality Acts“ durch den Senat hinsichtlich Anstellungsentscheidungen von Arbeitnehmern, Entzug von Akkreditierungen religiöser Schulen und Organisationen durch die Regierung oder Berufsverbände, Einschränkungen bei Organisationen der Sozial- und Katastrophenhilfe religiöser Institutionen.

## **Kein entweder-oder, sondern sowohl-als-auch**

„Wir müssen nicht zwischen dem Schutz der Religionsfreiheit oder dem gleichberechtigten Schutz der Bürgerrechte für alle im öffentlichen Raum wählen“, so adventistische Vertreter der Abteilung Religionsfreiheit. Diese beiden großen Ziele stünden

nicht im Widerspruch zueinander, sondern ergänzten sich.

Das Engagement für die Religionsfreiheit schließe weiterhin den Einsatz für die freie Religionsausübung ein, das Respektieren der Gewissensentscheidungen von Angestellten und Unternehmern sowie das Recht, die Kirche und deren Institutionen nach „unseren biblischen Werten und Überzeugungen“ zu verwalten.

### **Gesetzesvorlage „Fairness For All“ (FFA)**

Die transkontinentale Leitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Nordamerika (NAD) und die adventistische Weltkirchenleitung (Generalkonferenz) haben laut ANN in den letzten Jahren mit etlichen Gruppen an der Gesetzesvorlage „Fairness for All“ zusammengearbeitet. Diese wurde jetzt am 6. Dezember im US-Repräsentantenhaus eingebracht.

„Fairness For All“ will demnach religiösen Einzelpersonen und Gemeinschaften einen starken Schutz bieten, ihren Überzeugungen entsprechend zu leben und zu entscheiden. Gleichzeitig erweitert die Gesetzesvorlage den Schutz der Bürgerrechte von LGBT-Personen und anerkennt, dass sie in säkularen Arbeitsverhältnissen, in Wohnsituationen und vielen anderen geschützten Bereichen weder diskriminiert noch schikaniert werden dürfen.

„Fairness For All“ signalisiere aber „kein Umdenken der Kirche in Fragen der sexuellen Orientierung oder Geschlechteridentität“. Wenn dies der Fall wäre, würde sich die Kirche nicht für diese Gesetzesvorlage einsetzen, heißt es bei ANN. „Fairness for All“ habe eine doppelte Botschaft, die im Mittelpunkt dieser Gesetzesvorlage stehe: Wahrung der Religionsfreiheit und der Menschenwürde.

Der 70-seitige Gesetzesvorschlag schützt laut ANN im Wesentlichen folgende Bereiche der Religionsfreiheit: Religiöse Erziehung und Bildung; religiöse Arbeitgeber und Institutionen sowie deren Anstellungsbedingungen, Arbeitnehmer

mit religiösen Präferenzen erhalten am Arbeitsplatz den gleichen rechtlichen Schutz ihrer Anliegen wie Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen; Schutz von Immobilien religiöser Organisationen vor Verwendung für Zwecke, die sie nicht gutheißen können; Schutz von Kleinunternehmern und medizinischen Einrichtungen, Dienstleistungen zu erbringen, die ihre religiösen Überzeugungen verletzen – dennoch sind medizinische Einrichtungen weiterhin verpflichtet, Menschen unabhängig ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechteridentität zu behandeln; Schutz religiöser Sozial- und Katastrophenhilfeorganisationen (ADRA, ACS); Schutz vor Entzug der Steuerbefreiung bei religiösen Organisationen vor Maßnahmen der Bundessteuerbehörde IRS aufgrund religiöser Überzeugungen und Praktiken.

### **Starke Opposition von Menschenrechtsorganisationen**

Für Menschenrechtsorganisationen wie „American Civil Liberties Union“ (ACLU), „Americans United for Separation of Church and State“, „Center for American Progress“ (CAP) und „Human Rights Campaign“ (HRC) ist die Gesetzesvorlage „Fairness For All“ eine Bedrohung der bestehenden Bürgerrechtsschutzmaßnahmen.

Laut „Human Rights Campaign“ sei die Gesetzesvorlage sehr gefährlich, weil sie den bestehenden Schutz der Menschen aufgrund von Rasse, Geschlecht und Religion wieder in Frage stellen würde. „Gleichzeitig würde sie neue, problematische Bestimmungen einführen, die angeblich darauf abzielen, Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität mit weitreichenden Ausnahmen zu verbieten, wobei es sich im Wesentlichen um eine Lizenzierung der Diskriminierung von LGBTQ-Personen und Frauen handelt“, so „Human Rights Campaign“.

### **Unterstützer der Gesetzesvorlage**

Die Initiative „Fairness For All“ wird unter anderen unterstützt von: „1st Amendment Partnership“; „American Unity Fund“; „Council for Christian Colleges & Universities“; „Center for Public Justice“, „National Association of



Evangelicals“; „Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage“ (Mormonen) und der „Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten“.

---

## **Adventisten: Norddeutscher Verband protestiert gegen Verwarnung**

Gemeinsam mit fünf anderen überregionalen adventistischen Kirchenleitungen wurde der NDV während der Jahressitzung (Annual Council) des Exekutivausschusses der Kirche in Silver Spring, Maryland/USA verwarnt (wir berichteten am 15.10.2019). Zugrunde lag der Vorwurf, der NDV hätte Maßnahmen ergriffen, die nicht in Übereinstimmung mit dem Regelwerk der Weltkirche (Working Policy, WP) stünden. Der NDV ordiniert seit 2016 keine Pastoren mehr für den weltweiten Dienst, sondern „segnet“ lediglich seine Angestellten für den pastoralen Dienst, unabhängig von ihrem Geschlecht. Diese „Segnung“, so der NDV Vorstand, stünde nicht im Gegensatz zur WP. Es gebe daher kein Mandat zur weltweiten Ordination, meint Pastor Johannes Naether, Präsident des NDV.

In dem Einspruch gegen die Verwarnung zeigen die Mitglieder des Verbandsausschusses das Verfahren, das zu der Verwarnung führte, selbst als Verstoß gegen die Verfahrensregeln an. Nach ihrer Auffassung etabliere die WP keine Rechtspflicht zur Ordination. So gebe es auch keinen Anspruch der Pastoren auf eine Ordination. Hintergrund ist eine Entscheidung der Weltkirche bei ihrer Weltsynode 2015 in San Antonio, Frauen nicht zum Pastorenamt zu ordinieren. Zuvor hatte aber der NDV bereits 2012 sich für die Frauenordination positioniert und

2016 die gegenwärtige Praxis beschlossen.

In ihrer Eingabe bringen die Mitglieder erneut zum Ausdruck, dass die Integrität des Pastorenamtes, des pastoralen Dienstes und der Kirche als Institution in der Gemeinde und der Öffentlichkeit in ihrem Gebiet am besten geschützt sei, wenn Pastoren und Pastorinnen gleich behandelt würden. Damit werde auch gleichzeitig die Anti-Diskriminierungs-Regelung der WP umgesetzt, auch wenn diese ausdrücklich nicht für die Ordination gelten soll. Nach Auffassung des NDV erlaube diese Ausnahme allerdings nur die Diskriminierung in Fragen der Ordination, verbiete aber nicht die grundsätzliche Gleichbehandlung.

Auch die schwedische überregionale Kirchenleitung hat gegen ihre Verwarnung Einspruch erhoben. Auch sie sieht in der ausgesprochenen Verwarnung eine Verletzung des Regelwerks selbst und wendet sich dagegen, dass die vereinbarten Verfahren im Umgang mit vermeintlichen Regelverstößen nicht eingehalten wurden. Ein besonderer Kritikpunkt der Verwarnten wendet sich gegen die kurzfristige Ankündigung der Verwarnung von nicht einmal 24 Stunden, einer fehlenden Gelegenheit sich zu erklären, außer einer 4-minütigen Redezeit vor dem Plenum des Exekutivausschusses der Weltkirche und der nicht klar benannten Regelverstöße.

Für den Vorstand des NDV, so heißt es weiter in der Stellungnahme, sei der Vorstand der Weltkirche zu einem nicht mehr berechenbaren Gegenüber geworden. Das Vertrauen sei tief erschüttert und das Beschriebene für die gesamte Weltkirche alarmierend. Gleichzeitig wird in dem Dokument betont, dass der NDV „gern Teil der weltweiten Adventfamilie“ sei, die sich „in kultureller und theologischer Vielfalt“ präsentiere. Die Segnungspraxis nach den Regeln der WP würde der NDV bis auf Weiteres nicht ändern.

Die Stellungnahme des NDV ist hier nachzulesen – <https://www.adventisten.de/utility/dokumente-und-stellungnahme>

# Krankenhaus Waldfriede gehört zu den meistempfohlenen Kliniken in Berlin

Seit 2005 fragt *Der Tagesspiegel*, Berlins auflagenstärkste Tageszeitung, alle zwei Jahre die niedergelassenen Ärzte der Hauptstadt, an welche Kliniken sie ihre Patienten überweisen. Jetzt wurden die Ergebnisse der aktuellsten Umfrage veröffentlicht. Die aktuelle Ausgabe des Tagesspiegel-Klinikmagazins enthält die detaillierten Ergebnisse der neuesten Ärzteumfrage, Artikel ausgezeichneter Chefärzte über Therapien von mehr als 60 Krankheiten, Angaben über Klinikessen, Klinikhygiene und vieles mehr.

Wie der Tagesspiegel berichtet, fällt auf, dass manche Kliniken in einem Fachbereich für sämtliche abgefragten Krankheitsbilder am häufigsten empfohlen wurden. In den Bereichen gutartige und bösartige Tumore bei gynäkologischen Erkrankungen gehört die gynäkologische Abteilung des *Krankenhaus Waldfriede*, unter der Leitung des Chefarztes Dr. med. Florian Müller, zu den am meisten empfohlenen Kliniken.

Auch das Brustkrebszentrum des *Krankenhauses Waldfriede*, unter der Leitung der Chefarztin Dr. med. Barbara Brückner, findet diese hohe Anerkennung und wird bei dieser Krebsart von den niedergelassenen Ärzten für ihre Patientinnen am meisten empfohlen.

Krankenhausvorstand Bernd Quöß freut sich über die erneute Auszeichnung und verweist nicht ohne Stolz auf seine

Mitarbeiter, die mit unter den 100 besten Ärzten Deutschlands zu finden sind. „In den letzten drei Jahren gehörten wir in Deutschlands größtem Krankenhausvergleich auch mit zu den TOP regionalen Krankenhäusern.“

Das Gesundheitsnetzwerk des *Krankenhauses Waldfriede* ist mittlerweile zum vielfältigsten Medizin- und Pflegeanbieter im Bezirk Steglitz-Zehlendorf geworden. Neben dem Krankenhaus Waldfriede, der Sozialstation und dem Gesundheitszentrum PrimaVita mit zugehörigem Schwimmbad gehören auch die Akademie für Gesundheits- und Krankenpflege, die Privatklinik Nikolassee, die Servicegesellschaft Krankenhaus Waldfriede, das Desert-Flower-Center, das Seniorenhaus Waldfriede, eine ambulante Tagesklinik und künftig ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) zur besseren ambulanten Versorgung zum Netzwerk. Damit gehört das „Netzwerk Waldfriede“ auch zu den größten Arbeitgebern im Bezirk. Der Träger ist die weltweite evangelische *Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten*. Im April nächsten Jahres feiert das Krankenhaus sein 100-jähriges Bestehen.

---

## **Albanien: Spendenaufruf für obdachlose Familien**

Das Beben der Stärke 6,4 hatte den gesamten Balkan erschüttert. Nach offiziellen Angaben sind 51 Menschen ums Leben gekommen, weitere 2.000 Menschen sind verletzt. Nach Angaben der Regierung sind 4.000 Menschen obdachlos und 1.200 Gebäude unbewohnbar.

Laut Geschäftsführer Christian Molke von ADRA Deutschland sei die Hilfsorganisation seit Jahren in Albanien aktiv und

betreibe u.a. seit 2017 in der Region Fushë-Kruja, unweit des Epizentrums des Erdbebens, ein Bildungs- und Integrationsprojekt für Roma-Familien. Elf Familien aus dem Projekt wurden obdachlos und mussten die ersten Nächte im Freien verbringen. Insgesamt sind 43 Familien auf Unterstützung angewiesen.

So berichtet Molke von Tefta Osmani, einer 58-jährigen Roma-Frau und Mutter von 8 Kindern. Sie lebt in Fushë-Kruja. Durch das Erdbeben sei das Dach ihres Hauses zerstört, das Haus sei unbewohnbar und Tefta ohne Obdach.

Wie viele andere Roma-Familien in dem betroffenen Gebiet schlief Tefta zwei Nächte lang vor ihrem Haus. Schon vor dem Erdbeben waren die Häuser der Roma in einem sehr schlechten Zustand. Doch hatten sie zumindest ein Dach über dem Kopf, das sie vor Wind und Wetter schützen konnte. Unmittelbar nach dem Beben habe ADRA Albanien Tefta und ihren Familienmitgliedern mit Kleidung, Lebensmittelpaketen, Matratzen und anderen Hilfsmitteln geholfen. Tefta sei überwältigt von der Hilfe und könne kaum in Worten ausdrücken, wie dankbar ihre Familie sei.

Da die Regierung die Roma in Albanien vernachlässige, sei es umso wichtiger, dass wir ihnen beistehen. Mit einer Spende könnten wir den Familien helfen, die Krise zu überwinden. Fünfzig Euro unterstützten eine Familie ein halbes Jahr lang mit Kleidung und Schuhen. Für 30 Euro gebe es eine Notunterkunft für eine ganze Familie.

ADRA (Adventist Development and Relief Agency) ist eine internationale Nichtregierungs-Organisation (International Nongovernmental Organization). ADRA Deutschland e.V. wurde 1987 gegründet und steht der evangelischen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten nahe. Getreu dem Motto: „Gerechtigkeit | Mitgefühl | Liebe“ arbeitet ADRA Deutschland e.V. als Mitglied eines weltweit föderativ organisierten Netzwerkes mit über 130 nationalen Büros (Stand: 1. Januar 2018) partnerschaftlich daran, dass Armut und Unterdrückung in

den ärmeren Teilen dieser Erde überwunden werden kann.

Spenden für die Albanienhilfe unter dem Stichwort „Erdbeben Albanien“ auf der Spendenwebseite von ADRA:  
<https://adra.de/spendenformular/>

---

## **Holzworm Fribo von HopeMedia gewinnt bei Sparda-Initiative**

2019 bewarben sich insgesamt 227 Vereine aus ganz Hessen auf [www.sparda-vereint.de](http://www.sparda-vereint.de) und mobilisierten ihre Unterstützer, die mehr als 300.000 Stimmen im anschließenden Online-Voting abgaben. Die 30 Vereine mit den meisten Stimmen freuen sich jetzt über 3.000 Euro mehr in ihrer Vereinskasse – unter ihnen auch Hope Media.

Mit ihrem Projekt „FRIBO-TAG“ konnten die Mitglieder viele Menschen für sich gewinnen und mit 4.654 Stimmen den 1. Platz in ihrer Themenkategorie „Umwelt und Klimaschutz“ belegen. „Fribo ist sehr stolz auf die Auszeichnung zum Klimaschutz. Vier Wochen lang hat unser Holzworm alle seine Freunde und Förderer, Bekannte, Verwandte und Kollegen zum Abstimmen motiviert – und vereint gewonnen. Mit der 3.000-Euro-Spende werden wir Bäume auf dem Campus des Schulzentrums Marienhöhe in Darmstadt-Eberstadt pflanzen und den Restbetrag für Fribos zehnjährigen Geburtstag verwenden“, sagt Marc Naumann, Leiter Neuentwicklung & Kooperationen bei Hope Media.

Mehr zur Initiative auf: [www.sparda-vereint.de](http://www.sparda-vereint.de)

Holzworm Fribo sagt Danke auf YouTube:

<https://www.youtube.com/watch?v=Igvn7I6IR20>

---

# Von Spaltungen zur Versöhnungsgeschichte

In ihrem Vortrag würdigte Hammes, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland, die breit angelegte Ökumene in Deutschland und beschrieb diese als „einzigartig“. Wenn man Ökumene ernstnehme, müsse man neben den großen Kirchen die ganze Vielfalt der Kirchenlandschaft in den Blick nehmen. Mit dem 1. Vorsitzenden der Deutschen Evangelischen Allianz (DEA) Ekkehart Vetter und deren Generalsekretär Dr. Reinhardt Schink waren auch zwei führende Vertreter der DEA zu Gast, in deren Tagungshaus die Mitgliederversammlung stattfand. Beide würdigten in ihrem gemeinsamen Vortrag die gute Zusammenarbeit mit der VEF. VEF-Präsident Christoph Stiba hob ein Thema hervor, das in den Vorträgen von Hammes, Schink und Vetter vorkam und das auch für die VEF von hoher Bedeutung sei: „Es ist wichtig, mit den Migrantenkirchen ins Gespräch zu kommen, die zur Ökumene in Deutschland dazugehören.“

## **Seenotrettung**

Die VEF wurde auf Beschluss der Mitgliederversammlung offiziell Bündnispartner von „United4Rescue – Gemeinsam Retten e.V.“. Das Bündnis hat das Ziel, ein eigenes Rettungsschiff ins Mittelmeer zu schicken, um so Menschenleben zu retten. Der Verein hebt die „Pflicht zur Seenotrettung“ hervor, wendet sich gegen eine Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung, setzt sich für faire Asylverfahren und sichere Häfen ein. „Menschen in Lebensgefahr muss geholfen werden“, so VEF-Präsident Christoph Stiba. „Wegschauen ist keine Option. Deshalb wollen wir jetzt gemeinsam ein Zeichen setzen und helfen, wo wir können.“

## **Freikirchliche Rundfunkarbeit**

Die Mitgliederversammlung befasste sich auch mit der Zukunft der freikirchlichen Rundfunkarbeit. Andrea Schneider, seit 1996 Rundfunkbeauftragte der VEF, geht Mitte 2020 in den Ruhestand. Nachdem der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden diese Stelle bisher allein finanziert hat, werden die VEF-Kirchen dies ab 1. Juli 2020 gemeinsam tun. Der ehrenamtliche Vorsitzende der VEF-Arbeitsgruppe „Rundfunk und Fernsehen“, Jürgen Single, zeigte auf, welche großen Chancen es für die Freikirchen mit sich bringe, über Rundfunkgottesdienste und -andachten viele Menschen zur erreichen.

## **VEF**

Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen wurde 1926 gegründet. Ihr gehören zwölf Mitglieds- und drei Gastkirchen, darunter auch die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, an. Verschiedene Arbeitsgruppen der VEF befassen sich mit Themen wie Evangelisation und missionarischem Gemeindeaufbau, gesellschaftlicher Verantwortung, Rundfunkarbeit, Angeboten für Kinder und Jugendliche oder theologischer Aus- und Weiterbildung. Weitere Informationen: [www.vef.de](http://www.vef.de)

---

# **Breites Bündnis zur Seenotrettung gegründet**

## **Evangelische Kirche übernimmt Initiative**

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm wies darauf hin, dass die EKD den Impuls des Dortmunder Kirchentages: „Schickt selbst ein Schiff“ aufgegriffen und seither in den



entsprechenden Gremien die Gründung eines Bündnisses vorangetrieben habe. Der Kirchenmann wörtlich: „Wir müssen mit Nachdruck diejenigen unterstützen, die anderen helfen, dass sie nicht ertrinken. Wir müssen Menschen retten, wenn sie in Gefahr sind.“ Der Beschluss in der Synode sei einstimmig gefallen.

Für den rheinischen Pastor Joachim Lenz, Sprecher des neugegründeten Vereins „united4rescue – Gemeinsam Retten e.V.“, sei es ein Weltrekord deutscher Gerichte, dass der Verein erst vor 3 Wochen gegründet wurde, dann die Gemeinnützigkeit bestätigt bekam und nun das Bündnis vorgestellt werden könne. Dem Verein könne man nicht beitreten, wohl aber dem Bündnis. Auf das Engagement der evangelischen Kirche angesprochen meint er: „Es kann kein Kirchenschiff sein, es braucht eine breite Basis.“

### **Breites Bündnis gefordert**

Die Organisatoren des Aktionsbündnisses sind davon überzeugt, wie es in einer Meldung heißt, „dass jedes Leben in Seenot gerettet werden muss. Daher unterstützen wir die zivilen Seenotrettungsorganisationen, die dem Ertrinken nicht tatenlos zusehen, sondern da humanitär handeln und Menschenleben retten, wo staatliche Seenotrettung fehlt.“

Die 2. Bürgermeisterin der Hansestadt, Katharina Fegebank (Bündnis90/Die Grünen), verwies bei der Pressekonferenz auf die Tradition der Seenotrettung in Hamburg. Auch sei der internationale Seegerichtshof in Hamburg angesiedelt. „Es ist unser aller Pflicht, zu tun, was wir tun können.“ So seien in der Stadt bereits über 52.000 Geflüchtete aufgenommen und in Kita, Schulen und Arbeitsmarkt integriert worden. Hamburg gehöre seit Herbst letzten Jahres auch zum Bündnis „sicherer Hafen“ – und sei bereit, in Seenot geratene Menschen aufzunehmen. Etwa 120 sichere Häfen gebe es in Deutschland – Städte und Kommunen, die es Geflüchteten ermöglichen, auf sicherem und legalem Weg anzukommen. Es sei nicht länger tragbar, dass die Städte ohne die Zustimmung des

Innenministers keine Geretteten aufnehmen können.

### **Wir können die Augen nicht verschließen**

Anwesend war auch der Bürgermeister der italienischen Hafenstadt Palermo. Sehr eindringlich beschrieb er die Sorge um die in Seenot geratenen Menschen. Seenotrettung sei ein Menschenrecht. „Es geht nicht um lieb sein – sondern um Recht.“ Es gebe auch keine Entschuldigung, dass wir nichts gewusst hätten. Es ginge nicht, wie bei unseren Großeltern, die von der Shoa nichts gewusst hätten. Alle wüssten Bescheid. Auch dürften wir die Augen vor den Zuständen in den libyschen Lagern nicht verschließen. „Es ist dort wie im Gefängnis und den europäischen Länder bezahlen das.“ So warb er darum, keine Angst vor den Geretteten zu haben, sondern vielmehr Sorge. Für die Diskussion sei er deshalb auch Gott dankbar. Und ein Schiff sei ein konkreter Beitrag zur Seenotrettung.

### **Politischen Druck erhöhen**

Der stellvertretende Vorsitzende des Trägervereins „Gemeinsam Retten e.V.“, Michael Schwickart, zeigte sich sehr erfreut über den großen Zuspruch, den das Bündnis vor seiner Gründung erfahren hat. Heute, am 3. Dezember, sei der offizielle Startschuss für das Bündnis. Trotzdem sei er „wütend und sauer, wenn Politiker erst dann anfangen zu handeln, wenn Menschen leiden.“ Deshalb müsse der politische Druck dann aufgebaut werden, wenn die Menschen nicht in Not seien. Er forderte erneut die Verantwortlichen in der europäischen Gemeinschaft auf, das Recht auf Seenotrettung als Teil des Völkerrechts und das Recht auf Leben als Menschenrecht auch in der Praxis zu respektieren und an den Grenzen Europas wieder umzusetzen. Außerdem wendet sich United4Rescue gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung und fordert faire Asylverfahren für Menschen, die nach Europa fliehen. Und schließlich sollten jene Kommunen, die sich zu „Sicheren Häfen“ erklärt haben, die rechtlichen Möglichkeiten erhalten, zusätzliche Schutzsuchende aufzunehmen.

## **#wirschickeneinschiff.de**

Als erstes Projekt sieht das Bündnis ein zusätzliches Seenotrettungsschiff für den Einsatz im Mittelmeer vor. Die Kosten würden sich auf ca. 1 Million Euro belaufen. Es sollte um Ostern 2020 in den Einsatz gehen. Dafür würden nun weitere Bündnispartner und finanzielle Unterstützung gesucht. Das Projekt, so Schwickart auf Nachfrage, sei auf mindestens zwei Jahre angelegt. „Wir brauchen eine Botschaft: Zusammen sind wir stark!“ Und weiter: „Sobald Europa Lösungen schafft, braucht es unseren Verein nicht mehr.“

Neben Ärzte Ohne Grenzen, dem CVJM Deutschland, verschiedenen evangelischen Kirchengemeinden und Kirchenkreisen beteiligen sich auch etliche Unternehmen und Hilfsorganisationen an dieser humanitären Initiative. Auch die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) ist beteiligt. Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland ist Gastmitglied im VEF.

Weitere Informationen unter [www.united4rescue.com](http://www.united4rescue.com)

---

# **Arbeitshilfe zur Situation der Christen in der Sahel-Region vorgestellt**

## **Frieden zwischen Christen und Muslimen im Tschad von zentraler Bedeutung**

Erzbischof Dr. Ludwig Schick (Bamberg), Vorsitzender der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, erklärte: „Während meines Besuchs im Tschad im Juni dieses Jahres wurde mir die Vielschichtigkeit der Herausforderungen in der Sahel-Region aufgezeigt. Christen und Muslime haben

dort traditionell harmonisch zusammengelebt. Dieses gute Miteinander ist durch die Entwicklung der vergangenen Jahre in Gefahr geraten. Die islamistische Terrororganisation Boko Haram destabilisiert die Region immer wieder durch massive Terroranschläge. Die brutale Gewalt richtet sich auch und bevorzugt gegen Kirchen und Vertreter von Religionsgemeinschaften. Dazu kommt eine starke und wachsende Einflussnahme Saudi-Arabiens. In erheblichem Maße hat die Förderung des radikal-wahhabitischen Islam in der Region zu Spannungen zwischen Christen und Muslimen geführt.“ In der Folge würden auch soziale Konflikte, wie die Auseinandersetzung zwischen nomadischen Viehzüchtern und sesshaften Bauern, in gefährlicher Weise religiös aufgeladen. Der Frieden zwischen Christen und Muslimen stelle somit eine zentrale Voraussetzung für die zukunftsorientierte Entwicklung der Region dar.

### **Ortskirchen in der Sahel-Region als Vermittler und Friedenstifter**

Im Pressegespräch in Berlin hob Erzbischof Schick weitere Schwierigkeiten hervor, denen die Christen im Tschad gegenüberstünden: „Im Land leben circa 120 ethnische Gruppen. Der trockene Norden wird mehrheitlich von nomadischen, muslimisch-arabisch geprägten Gruppen dominiert, während im fruchtbaren Süden sesshafte, afrikanisch-christliche Bauern leben. Insgesamt seien 58 Prozent der Gesamtbevölkerung Muslime und 35 Prozent Christen, darunter 18,5 Prozent Katholiken. Insbesondere seit Einführung der IV. Republik am 4. Mai 2018, durch die faktisch die uneingeschränkte Macht des Präsidenten festgeschrieben wurde, hat sich das Verhältnis unter den Religionsgemeinschaften verschlechtert. Grund dafür sind zunehmende Verstöße gegen das laizistische Prinzip zugunsten des Islam.“ Erzbischof Schick unterstrich zugleich, dass die Ortskirchen in der gesamten Sahel-Region gerade im Angesicht der sozialen und politischen Herausforderungen als Vermittler zwischen den Religionen, Friedenstifter und Motoren einer ganzheitlichen Entwicklung den Menschen dienen.

## **Moscheen vermehren sich im Süden des Tschad „wie Champignons“**

Auch der aus dem Tschad zur Vorstellung der Arbeitshilfe angereiste Erzbischof von N'Djamena, Edmond Djitangar, verwies in seinem Beitrag auf die voranschreitende Islamisierung und Arabisierung des Tschad: „Man kann es mit zwei Metaphern zusammenfassen: Im Norden werden zaghaft Kapellen gebaut und im Süden vermehren sich Moscheen wie Champignons, dank der massiven finanziellen Unterstützung der Länder am Persischen Golf.“ Im Angesicht dieser Herausforderung forderte Erzbischof Djitangar: „Die (katholische) Kirche im Tschad muss ihre Identität als Kirchenfamilie Gottes verwirklichen, solidarisch sein mit anderen Konfessionen und sich stets um die ganzheitliche Entwicklung der menschlichen Person bemühen.“ Dabei komme gerade in ländlichen Regionen den kirchlichen Strukturen eine besondere Rolle zu: „Es ist dringend notwendig, eine neue Form der Solidarität unter Muslimen und Christen in den Gemeinden und Pfarreien zu schaffen. Denn die Pfarrei bleibt das Dorf aller und das Leben der Gemeinschaft ist von ihren Aktivitäten und Projekten abhängig“, so Erzbischof Djitangar.

## **Eine würdevolle Heimat für Christen aller Konfessionen**

Der Präsident des Internationalen Katholischen Missionswerks missio in Aachen, Pfarrer Dirk Bingener, würdigte die interreligiösen Friedensaktivitäten der Kirche im Tschad am Beispiel des Kulturzentrums „Al-Mouna“ in N'Djamena. Was im Zentrum „Al-Mouna“ umgesetzt werde, entspreche der tiefen Überzeugung von missio: „Nur gemeinsam können Angehörige aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften für eine Verteidigung der menschlichen Würde und für grundlegende Freiheitsrechte der Menschen eintreten. Die Bedeutung von Dialog und Verständigung für die Ausweitung des Menschenrechts auf Religionsfreiheit greift auch die aktuelle Arbeitshilfe der Deutschen Bischofskonferenz auf.“ Pfarrer Bingener bekräftigte: Christen aller Konfessionen sollten in den verschiedenen Ländern eine geeignete und würdevolle Heimat finden, eine Heimat, in der sie ihren Glauben in Freiheit

leben könnten – ohne Angst vor Unterdrückung oder gar Verfolgung.

### **Arbeitshilfe und Initiative**

Die Arbeitshilfe „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen in unserer Zeit – Sahel-Region“ gibt einen Überblick über die Situation der Christen in der Sahel-Region, insbesondere im Tschad. Sie erläutert aktuelle Konfliktlinien in den Gesellschaften, analysiert die Hintergründe und lässt Mitglieder der Kirchen vor Ort zu Wort kommen. Die Arbeitshilfe kann unter <https://www.dbk-shop.de/de/solidaritaet-verfolgten-bedraengten-christen-unserer-zeit-sahel-region> bestellt oder als pdf-Datei heruntergeladen werden.

Die „Initiative Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen“ wurde von den römisch-katholischen deutschen Bischöfen 2003 ins Leben gerufen, um für die Lage bedrohter Christen zu sensibilisieren. Zusätzlich pflegen die Bischöfe mit Solidaritätsreisen den Kontakt zu den unter Druck stehenden Ortskirchen. In Deutschland sucht die Bischofskonferenz auch immer wieder das Gespräch mit Politikern und gesellschaftlichen Akteuren, um auf bedrohliche Entwicklungen hinzuweisen. Jährlicher Höhepunkt der Initiative ist der „Gebetstag für verfolgte und bedrängte Christen“ am 26. Dezember (Stephanustag), der in allen deutschen katholischen Diözesen begangen wird. Die Deutsche Bischofskonferenz ist ein Zusammenschluss der römisch-katholischen Bischöfe aller (Erz-)Bistümer in Deutschland.